

Das Landeslagebild Clankriminalität wird fortgeschrieben und liefert wichtige Beiträge zum Bundeslagebild; Nordrhein-Westfalen ist schließlich seit zweieinhalb Jahren Vorreiter im Kampf gegen kriminelle Clans.

Zusammen mit unserem liberalen Koalitionspartner haben wir die Balance von Freiheit und Sicherheit gehalten, die sich im Übrigen beide bedingen: Freiheit und Sicherheit gehören zusammen.

Zusammen mit der SPD hat die Nordrhein-Westfalen-Koalition ein modernes und effektives Polizeigesetz verabschiedet, das den Beamten auf der Straße täglich hilft. Lieber Hartmut, das hättest du als positives Beispiel erwähnen können.

(Beifall von der CDU)

Es ist unsere gemeinsame Pflicht, denen den Rücken zu stärken, die ganz vorne für die Einhaltung von Recht und Gesetz sorgen und dafür bedroht, beleidigt und angegriffen werden: unseren Polizisten, unseren Justizbeamten und allen anderen, die für Sicherheit und Ordnung einstehen.

Wir danken ihnen und stehen hinter ihnen in ihrem Kampf gegen aggressive Clans und jeden, der unsere Gesellschaft, unsere Regeln und unseren Staat infrage stellt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir setzen unseren konsequenten Nulltoleranzkurs fort, jetzt und in Zukunft. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Golland. – Außer vonseiten der Landesregierung liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann hat nun Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp³⁾, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kollegin Schäffer hatte mich vorhin persönlich angesprochen; deshalb möchte ich gern darauf antworten.

Herbert Reul und ich sind in engem Austausch, weil wir eine große Herausforderung vor uns haben. Es geht nämlich auch um die Akzeptanz einer funktionierenden, offenen Gesellschaft.

Deswegen setzen wir unseren Kurs in Sachen Clankriminalität fort, schaffen verlässliche Bleiberechte für diejenigen, die gut integriert sind, und schieben diejenigen konsequent ab, die unsere Gesellschaft kaputt machen, soweit dies möglich ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es ist völlig richtig, dass wir es hier mit Strukturen zu tun haben, die besondere Maßnahmen verlangen, sowohl was die Repression als auch die Integration angeht.

Wir sind beispielsweise mit der Stadt Essen im Gespräch, denn auch in diesen Strukturen gibt es Leute, die sich lösen und denen wir daher Perspektiven bieten wollen. Genau daran arbeiten wir, und das ist, wie gesagt, der Kurs unserer Regierung.

Wir haben im Rahmen unserer Kampagne #IchDu-WirNRW eine Veranstaltung durchgeführt, in der wir mit vielen gesprochen haben, die bedauert haben, dass sie von einer Kettenduldung betroffen waren. Sie haben uns um Unterstützung gebeten, um aus dieser Situation herauszukommen. Daran arbeiten wir.

Allerdings muss auch klar sein, dass derjenige, der sich in unserer Gesellschaft nicht an die Spielregeln hält, den Rechtsstaat in aller Härte zu spüren bekommt. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weiter Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind. Damit ist die Aktuelle Stunde abgeschlossen.

Wir kommen zu:

4 Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6726 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Drucksache 17/7934 – Neudruck

dritte Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8024

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7968

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7969

Ich darf hierzu nun die Aussprache eröffnen und für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Kamieth das Wort erteilen. Bitte sehr.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die SPD-Fraktion hat für den heutigen Tag eine dritte Lesung für das neue Kinderbildungsgesetz beantragt. Bereits gestern haben wir uns in der zweiten Lesung über die von SPD und Grünen zu verantwortende strukturelle Unterfinanzierung des Systems der Kindertagesbetreuung

(Michael Hübner [SPD]: Nee, nee, nee!)

in unserem Land ausgetauscht.

(Michael Hübner [SPD]: Wir machen die dritte Lesung, damit Sie es heute lernen!)

Wir haben besprochen, dass deswegen die Trägervielfalt und die Qualität der frühkindlichen Bildung akut gefährdet wurden.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Bis wann gilt das noch? – Drei Haushalte dahinter!)

Mit den folgenden Maßnahmen – ich wiederhole mich da gerne, auch für Sie, Herr Mostofizadeh – verbessern wir die frühkindliche Bildung bei uns im Land ganz konkret:

deutlich höhere Kindpauschalen, mehr Mittel für Familienzentren, mehr Mittel für die alltagsintegrierte Sprachförderung, angehobene Zuschüsse für die Kindertagespflege, mehr Geld für Fortbildung und Qualifizierung, Mittel für die bedarfsorientierten Öffnungszeiten, eine Kita-Platz-Ausbaugarantie und ein weiteres elternbeitragsfreies Kindergartenjahr sowie last, but not least, verbesserte Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher zum Beispiel durch Leitungsfreistellung.

Meine Damen und Herren, die finanziellen Investitionen sind der eine Aspekt. Um es an dieser Stelle noch einmal zu sagen: Es sind jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzlich an Bundes-, Landes- und Kommunalmitteln, davon rund 1 Milliarde Euro allein für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung.

Ein anderer Aspekt, der uns und mir persönlich ganz besonders am Herzen liegt, ist die Stärkung von Demokratie und Partizipation von Anfang an. Deswegen haben wir mit § 16 des neuen Kinderbildungsgesetzes klargestellt, dass in Zukunft die altersgerechte Einbindung in Entscheidungsprozesse zur Bildungs- und Erziehungsarbeit obligatorisch ist.

Das neue KiBiz stellt klar, dass zum Wohle der Kinder und zur Sicherung ihrer Rechte geeignete Verfahren zur Beteiligung und Mitbestimmung vorzusehen und zu praktizieren sind. In einigen Kitas zum Beispiel bei den Johannitern wird dies bereits heute vorbildlich praktiziert.

Unser Ziel ist es, dass dieses Modell zukünftig in allen Kitas in Nordrhein-Westfalen gelebt wird. Damit wollen wir einen Beitrag dafür leisten, dass schon unsere Kleinsten das Rüstzeug an die Hand bekommen, um sich zu selbstbestimmten Persönlichkeiten

in einer demokratischen, offenen und toleranten Gesellschaft zu entwickeln.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, auch wenn die Meinungen an der einen oder anderen Stelle auseinandergehen, bin ich mir doch sicher, dass über die Sinnhaftigkeit dieses Punktes in diesem Hohen Hause weitgehend Einigkeit herrscht.

Partizipation und Mitbestimmung sind zwei ganz wesentliche Schlüsselbegriffe im Zusammenhang mit der Entstehung des neuen Kinderbildungsgesetzes. Um Ihnen dies zu veranschaulichen: Unser Familienminister Dr. Stamp hat mit der Berufung eines KiBiz-Beirates Expertinnen und Experten aus der Praxis eng eingebunden.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das war eine Zahnarztpraxis!)

CDU und FDP haben zwei große Werkstattgespräche durchgeführt. An diesen haben Hunderte von Praktikerinnen und Praktikern teilgenommen und gemeinsam mit uns diskutiert. Die Fraktionen von CDU und CSU haben ebenfalls einen sehr transparenten und partizipativen Weg hin zu einem neuen Kinderbildungsgesetz gewählt.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da hat sich auch nichts geändert, ne?)

Selbstverständlich haben Dutzende, wenn nicht gar Hunderte Gespräche mit allen Beteiligten hier bei uns im Landtag – herzlichen Dank an meine Mitstreiter im Arbeitskreis –, in vielen Wahlkreisen vor Ort und damit in ganz Nordrhein-Westfalen stattgefunden.

(Beifall von Christina Schulze Föcking [CDU])

Wir sind dankbar für all die vielen guten Hinweise und haben zahlreiche Anregungen aus der Praxis aufgenommen, um das neue KiBiz im Gesetzgebungsverfahren noch besser zu machen.

Auch mit Blick auf die Anhörung haben wir wichtige Punkte aufgenommen und einfließen lassen. Um es auf einen Nenner zu bringen: zuhören, entscheiden, handeln.

Meine Damen und Herren, gemeinsam verbindet uns nämlich das Ziel, unseren Kindern beste Bildungschancen von Anfang an zu bieten. Diesem Anliegen werden wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gerecht. Ich sagte es bereits: Mit dem neuen KiBiz wird nicht alles anders, aber vieles besser.

Noch ein ganz wichtiger Punkt zum Schluss: Mit der Evaluation des neuen KiBiz ab Tag eins stellen wir sicher, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.

Apropos Fehler der Vergangenheit: Ich komme noch mal zur SPD. Sie bringen jetzt zur dritten Lesung einen Änderungsantrag ein. Wir hätten gestern in der zweiten Lesung intensiv darüber diskutieren können. Das zeigt, hier wird politischer Klamauk veranstaltet.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Der scheint Ihnen aber wehzutun, der Klamauk!)

Diesen können wir hier nicht mittragen. Wir sind überzeugt davon: Heute ist ein guter Tag für die Zukunft unserer Kinder und damit für die Zukunft unseres Landes. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kollege Dr. Maelzer das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben gestern ausführlich über Ihre KiBiz-Fortschreibung diskutiert. Für die meisten Betroffenen bleibt Ihr Entwurf eine große Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Deshalb lohnt es sich nicht, heute noch viel Zeit auf Ihre KiBiz-Vorschläge zu verwenden, denn das geschichtliche Urteil über den vorliegenden Gesetzentwurf scheint bereits gesprochen, bevor der Landtag seine Zustimmung erteilt hat.

(Beifall von der SPD – Lachen von der FDP)

Der große Wurf, auf den so viele für die frühkindliche Bildung gehofft hatten, ist es beileibe nicht geworden – eher eine weitere Überbrückung. Schon heute ist klar: Nach der Reform ist vor der Reform. – Darum gilt es, sich besser mit der Zukunft zu befassen.

Meine Damen und Herren, bei einer grundlegenden Reform muss das Wohl des Kindes im Mittelpunkt stehen. Davon ist in Ihrem Entwurf herzlich wenig zu lesen. Wir waren uns einmal einig, dass Kinder nicht länger als neun Stunden am Tag institutionell betreut werden sollen. Dann gehört dieser Anspruch aber auch ins Gesetz und nicht nur in die Begründung.

(Beifall von der SPD)

Deutlich wird: Sie denken im Korsett des KiBiz. Als SPD geben wir den Anspruch auf einen Systemwechsel nicht auf. Wir müssen weg von den Kindpauschalen und hin zu einer sicheren Einrichtungsfinanzierung.

(Beifall von der SPD)

Diesen Weg der Systemumstellung können wir heute einleiten, wenn Sie unserem Änderungsantrag folgen. So ganz überraschend kann dieser für Sie auch

nicht gekommen sein; schließlich haben wir im Vorfeld schon intensiv im Ausschuss darüber diskutiert. Aber wenn Sie Ihre Ohren dort auf Durchzug gestellt haben, ist es für Sie vielleicht überraschend, dass wir diese Änderungen heute wieder nach vorne stellen.

Wir benötigen für eine Umstellung eine Qualitätssicherungspauschale in der Größenordnung von 500 Millionen Euro. Die ebnet den Weg für die Sockelfinanzierung.

Die Sockelfinanzierung ist es, die mehr Qualität und vor allen Dingen Planungssicherheit bei den Trägern und damit letztlich auch für die Beschäftigten schafft.

Es sind die Kindpauschalen, die in Nordrhein-Westfalen dazu führen, dass wir trotz Fachkräftemangels einen besonders hohen Anteil an Teilzeitstellen für Erzieherinnen und Erzieher haben, dass wir einen besonders hohen Anteil an befristeten Stellen haben.

Aber wie sollen Erzieherinnen und Erzieher ein sicheres Umfeld für unsere Kinder schaffen, wenn unser Kita-System eben keine sicheren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten schafft?

Darum muss das kommende Kita-Jahr das letzte Kita-Jahr sein, in dem die Kitas mit unzureichenden Kindpauschalen auskommen müssen.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen die Trägervielfalt erhalten und deshalb auch die Trägeranteile bei den freien Trägern deutlich senken. Das soll und kann aus unserer Sicht allein das Land finanzieren. Das entlastet die Träger, die wir dringend für den weiteren Kita-Ausbau brauchen; es entlastet aber eben auch die Kommunen.

Wir wollen Bildungsgerechtigkeit bei den Elternbeiträgen herstellen. Dank der Bundesmittel von Franziska Giffey wird ein weiteres Kita-Jahr beitragsfrei. Das ist gut. Besser wäre es, wenn auch das Land hier eigene Anstrengungen unternehmen würde. Die Kita-Gebühren müssen weg; die Spielräume dafür sind da.

(Beifall von der SPD – Jörn Freynick [FDP]: Das ist unseriös! – Marcel Hafke [FDP]: Populismus!)

Herr Minister, ich schätze Sie persönlich: Wenn Sie gleich hier mit treuen Augen erklären werden, für die Kitas sei einfach mehr Geld nicht vorhanden, halte ich das für absolut unglaubwürdig.

Ihre Partei, die FDP, hat gestern Steuersenkungspläne für die Wirtschaft in Höhe von 33 Milliarden Euro vorgestellt.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

Milliarden für Unternehmen sollen da sein, aber keine Million für Kinder? – Nein, von dieser FDP lassen wir uns mit Sicherheit nicht erklären, was finanzierbar ist und was nicht.

(Beifall von der SPD)

Leider ist die CDU nicht viel besser. Noch immer haben Sie sich nicht von Ihren Steuersenkungsplänen für die Grunderwerbsteuer verabschiedet. Das würde uns im Haushalt ganz intensiv treffen.

Wir werden Ihnen wie bereits in den vergangenen Jahren aufzeigen, dass das Geld für ein besseres und gerechteres Kita-System in unserem Haushalt vorhanden ist.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Sie wollen Steuersenkungen, wir wollen bessere und gebührenfreie frühkindliche Bildung. Stimmen Sie unseren Anträgen zu; dann muss es heute nicht heißen: Nach der KiBiz-Reform ist vor der KiBiz-Reform.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Maelzer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Kollege Hafke das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist ein guter Tag, weil nun endlich die KiBiz-Reform in Kraft treten wird,

(Beifall von der FDP und der CDU)

nachdem sieben Jahre lang Rot-Grün die Arbeit in diesem Fachbereich verweigert hat. Sieben Jahre Zeit verschleppt, nichts passiert.

(Christof Rasche [FDP]: Totalversager!)

Die Probleme in diesem Fachbereich sind enorm. Mit diesem Gesetz, Herr Mostofizadeh, sorgen wir einerseits für die Auskömmlichkeit, dass die Träger und die Kitas wieder Planungssicherheit haben, wir sorgen für Qualitätsverbesserung, und wir entlasten die Eltern in diesem Land. Deswegen ist das heute ein guter und richtiger Schritt für die frühkindliche Bildung in unserem Land.

(Beifall von der FDP)

Wenn die SPD einen ernsthaften Beitrag dazu leisten möchte, um die Lage in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben in Berlin und entfristen Sie das Gute-KiTa-Gesetz,

(Beifall von der FDP und der CDU)

weil 400 Millionen Euro strukturell demnächst vom Land Nordrhein-Westfalen zu tragen sind.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Sie feiern sich hier für Sachen ab, die Sie überhaupt nicht zu verantworten haben; das haben Sie im Ausschuss schon so gemacht. Dieses Gute-KiTa-Gesetz

verursacht für das Land Nordrhein-Westfalen massive Probleme; so sieht die Lage nämlich tatsächlich aus.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Herr Herter, Herr Herter! Wenn wir Ihre unseriöse Politik, die Sie damals auch als PG hier im Land gemacht haben, weiter fortsetzen würden ...

Was hat die SPD an Haushaltsvorschlägen vorgestellt? – Es wäre schön, wenn Herr Zimkeit endlich mal nach Jahren als Haushaltssprecher rechnen könnte. Dann wüsste er nämlich, dass diese Vorschläge 1,5 Milliarden Euro kosten und Sie keine Gegenfinanzierung vorgestellt haben. Sich hierhin zu stellen und zu sagen, das Geld wäre da, ist Populismus, lieber Dennis Maelzer.

(Beifall von der FDP – Michael Hübner [SPD]: Das Geld ist doch da!)

Jetzt will ich zu dem Wortbeitrag von Herrn Kollegen Müller von gestern kommen. Es wird einfach Angst bei den Erzieherinnen und Erziehern in diesem Land gemacht und Panik geschürt, wenn man über das Thema Flexibilität spricht.

Ich habe immer gedacht, es wäre ein wichtiges Anliegen für die SPD, Armut zu bekämpfen, gerade Frauen die Berufstätigkeit zu ermöglichen und dort entsprechend voranzugehen. Stattdessen erklären Sie hier, wie schlimm das alles wäre, wie die Situation aussehen würde.

Ich will Ihnen mit Erlaubnis der Präsidentin ein Zitat vorlesen, nämlich aus einem Gesetz. In § 13 Abs. 1 Satz 4 wird verdeutlicht und herausgestellt, dass sich die Betreuungszeit in einer wöchentlichen Betrachtung unterschiedlich auf die einzelnen Wochentage verteilen kann.

Lieber Kollege Müller, das stammt aus der KiBiz-Reform von 2004. Das beinhaltet genau das, was wir jetzt machen. Das haben Sie damals beschlossen. Sie werfen uns jetzt vor, wir würden die Erzieherinnen und Erzieher in schlechte Situationen bringen und nicht für Flexibilität sorgen, was die Kita-Träger an den Rand des Ruins bringen würde?

(Wolfgang Jörg [SPD]: 2004 gab es noch gar kein KiBiz!)

Machen Sie seriöse Politik! Was darin steht, ist Ihr Gesetz. Ich kann Ihnen sogar die Drucksachennummer nennen. Ich halte für absolut unseriös, was die SPD hier an dieser Stelle vorlegt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, nachdem wir jetzt sieben Jahre rot-grüne Verschwendungszeit hatten und es nicht vorangegangen ist in diesem Land, haben wir

heute die Möglichkeit – die SPD hat noch eine ernsthafte Chance, sich wieder auf eine seriöse Politik zu besinnen –, diesem Gesetzentwurf zu folgen.

1,3 Milliarden Euro werden zusätzlich investiert. Wir entlasten die Träger, wir entlasten die Eltern. Wir sorgen für zusätzliche Qualität. Wir sorgen für Auskömmlichkeit.

Deswegen ist das heute ein guter Tag für die frühkindliche Bildung. Ich freue mich, dass wir das heute den Menschen mit auf den Weg geben können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hafke. – Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Paul das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Josefine Paul* (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Damen und Herren!

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration wendet sich der Rednerin zu.)

– Sie machen sich gerade sozusagen schon bereit; das ist gut. Genau Sie möchte ich nämlich ansprechen, Herr Minister.

Gestern haben Sie noch mal versucht, die Kritik an Ihrem Gesetz als Kritik an der Vorgängerregierung darzustellen. Dazu muss ich deutlich sagen: Sie sind schon lange genug im Geschäft und ein erfahrener Politiker. Deshalb wissen Sie doch, dass man, wenn es einen großen Reformprozess geben soll, tunlichst versucht, sich im Verfahren einzubringen.

Schließlich wird es, wenn das Gesetz erst auf dem Weg ist – das sieht man jetzt auch an diesem Gesetz –, schwierig, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Das zeigt Ihr Gesetz deutlich: Es ist trotz großer Kritik vorher nichts passiert.

Ich würde mir aber zu eigen machen, dass diejenigen, die sich im Reformprozess vorher beteiligen wollten, dies mit 80.000 Unterschriften und 10.000 Leuten, die auf den Rheinwiesen gestanden haben, deutlich gemacht haben. Diese Menschen wollten Ihnen etwas mit auf den Weg geben. Allerdings haben Sie leider nicht zugehört, Herr Minister.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Doch!)

Nach der Veröffentlichung der Eckpunkte war doch klar, dass der von Ihnen so groß angekündigte große Wurf leider ausfallen würde. Sie können den Anspruch der weltbesten Bildung nämlich nicht einlö-

sen. Marcel Hafke hat gestern noch mal davon gesprochen; ich dachte, mittlerweile hätten Sie wenigstens das eingetütet. Aber nein, es wird noch immer von der weltbesten Bildung und vom ganz großen Wurf geredet.

(Marcel Hafke [FDP]: Genau das ist es ja auch!)

Was die Leute bekommen haben, ist dieses KiBiz. Herr Minister, die Kritik, die an Ihren Eckpunkten vorgenommen wurde, wurde, als der Gesetzentwurf dann da war, nicht weniger, sondern nur noch differenzierter.

Herr Minister, Sie müssen sich mal entscheiden: Wenn das Ihr Gesetz ist, auf das Sie so stolz sind – das haben Sie schon mehrfach vorgetragen –, ist es aber auch Kritik an Ihrem Gesetz.

Oder ist es Kritik an Rot-Grün? – Das würde dann aber bedeuten, dass Sie gar nichts gemacht und nichts verändert haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie müssen sich an dieser Stelle schon entscheiden: Ist es Ihr Gesetz, ist die Kritik daran auch Kritik an Ihrer politischen Arbeit. Oder haben Sie nichts gemacht? – Dann ist es vielleicht Kritik, mit der Rot-Grün nach Hause geht, aber ich würde mich dann fragen, was in den letzten zweieinhalb Jahren in Ihrem Ministerium passiert ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Minister, es geht nicht, hier nach dem Motto „wasch mir den Pelz, aber macht mich nicht nass“ zu handeln. Sie feiern sich hier für das Gesetz ab; das werden Sie auch gleich wieder tun. Immer, wenn es um Kritik geht, haben Sie aber auf einmal nichts mehr mit dem Gesetz zu tun.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Doch!)

Das kommt mir ein bisschen vor wie „Familienminister mit beschränkter politischer Haftung“.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das empfinde ich einigermaßen so, als ob Sie sich einen schlanken Fuß machten.

Es ging doch auch darum – das wurde gestern eingefordert –, Korrekturen vorzunehmen. Sie haben nicht mal die kleinsten Korrekturen vorgenommen.

Beispielsweise bei den Wald- und Naturkindergärten wurde gefordert nachzuvollziehen, was doch im ganzen System ist, nämlich dass die Pauschalen dynamisiert worden sind bzw. indexiert werden. Das ist ein richtiger Schritt.

Aber warum vollziehen Sie das – wie von Ihnen gefordert wird – bei diesen Pauschalen dann nicht nach? – Es wäre schlicht systemlogisch.

(Marcel Hafke [FDP]: Das haben wir doch gemacht!)

So viel zu der tollen Ankündigung des Ministeriums – die Sie gestern noch mal vorgetragen haben –, die Trägervielfalt sei der Landesregierung heilig. Offensichtlich sind der Landesregierung aber nicht alle Träger gleich heilig.

(Beifall von den GRÜNEN – Heiterkeit von der SPD)

Ein dritter Punkt, der hier auch schon angesprochen wurde, ist die Elternbeitragsfreiheit. Dazu sage ich sehr deutlich, dass das, was Sie da hervorgezogen haben, ein Bonbon ist, das Sie vorher mit niemandem besprochen haben – nicht mal mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Die wussten davon nämlich auch nichts und finden das gar nicht so gut; schließlich haben auch die kommunalen Spitzenverbände gesagt: Was uns wirklich helfen und entlasten würde, wäre die Rückkehr zur landeseinheitlichen Beitragstabelle.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht schließlich darum, dass wir endlich mit diesem Flickenteppich Schluss machen müssen, den Sie so beibehalten. Das Outsourcen der Beitragsgestaltung an die Kommunen führen Sie fort – auch da wieder keine Steuerungswirkung, weder im sozialen Bereich noch bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, Herr Minister.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Auch da haben Sie nicht auf Kritik gehört, sondern stur durchgezogen und gesagt, irgendwer werde sich hoffentlich schon darüber freuen.

Ja, Herr Minister, heute ist zumindest für die regierungstragenden Fraktionen ein guter Tag. Diese freuen sich darüber, dass das Gesetz jetzt endlich verabschiedet wird. Ich sage Ihnen, dass wir aber leider dauerhaft darüber werden diskutieren müssen, weil dieses Gesetz nicht die Ansprüche einlöst, die Sie selber so groß verkündet haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Leider wird auch dieses Gesetz scheitern, und wir müssen weiterhin mithilfe einer Überbrückungsfinanzierung sehen, wie wir endlich irgendwann gemeinsam zu einer Finanzierung der Kindertageseinrichtungen in diesem Land kommen, die wirklich verlässlich, nachhaltig und an den Kindern ausgerichtet ist. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der AfD Frau Kollegin Dworeck-Danielowski das Wort.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geehrte Kollegen von der SPD, Sie haben eine dritte Lesung beantragt und sind ausgesprochen unzufrieden mit dem Gesetz. Dieser Unzufriedenheit möchten Sie Nachdruck verleihen. Das kann man alles verstehen.

(Sarah Philipp [SPD]: Schön!)

Sehe ich mir aber den Inhalt des Änderungsantrags an, geht mir, ehrlich gesagt, der Hut hoch.

In den ersten beiden Punkten rücken Sie eindeutig das Wohl des Kindes, das Ihnen jetzt anscheinend so am Herzen liegt, in den Vordergrund.

Wenn ich an die zahlreichen Beratungen denke, die im Ausschuss und auch hier schon stattgefunden haben, sowie an die Anhörungen zur KiBiz-Reform, ist das Wohl des Kindes insbesondere seitens Ihrer Fraktion nie Gegenstand der Beratungen gewesen.

(Beifall von der AfD – Regina Kopp-Herr [SPD]: Dummes Zeug! – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Unverschämt!)

– Nein, genauso ist es. Sie haben sich immer nur an der Finanzierung hochgezogen, an der Sockelfinanzierung oder Sonstigem. Das Wohl des Kindes und die Sorge darüber, dass die Kinder nun zu lange in der Betreuung sein könnten, war nie Ihr Thema. Das macht das Ganze unglaublich unglaubwürdig.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Oh Gott! Oh Gott!)

Ihre ehemalige Familienministerin Frau Schwesig hat zum Beispiel auf Bundesebene das ElterngeldPlus vorangetrieben. Das ist auch wieder etwas, hinter dem wohl ebenfalls eigentlich der Wunsch und der Gedanke stehen, dass die Frauen am besten schon acht Monate nach der Geburt wieder in den Beruf zurückkehren. Auch da hat Sie das Kindeswohl nicht interessiert.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Unglaublich! – Gegenruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Wenn Kinder in Fällen, wo das ElterngeldPlus in Anspruch genommen wird, schon in die Kita oder zur Tagesmutter kommen, wenn sie noch nicht einmal laufen können, gegebenenfalls noch von der Mutter gestillt werden und noch gefüttert werden müssen, machen Sie sich keine Sorgen um das Kindeswohl.

Überhaupt ist auch der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr unter Ihrer Regierung eingeführt worden. Danach haben wir einen dramatischen Qualitätsverlust erlebt, weil man mit dem Ausbau und der Personaldecke für die deutlich höheren Betreuungsbedarfe, die Kinder unter drei Jahren haben, nicht nachkommt.

(Frank Müller [SPD]: Wollen Sie vielleicht noch zum KiBiz reden?)

Sie mit Ihrer Jugendorganisation, die sich gegenüber dem ungeborenen Leben gar nicht verachtender ausdrücken kann, wollen mir etwas vom Kindeswohl erzählen?

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Mit Verachtung kennen Sie sich ja aus!)

Ich habe so etwas noch nie erlebt: Bei der Debatte Ihrer Jusos steht da eine junge sogenannte Feministin und sagt: Erst einmal zählt das Recht der Frau, nicht irgendwelche Ungeborenen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kommen Sie noch mal zum KiBiz?)

So eine Partei will hier eine dritte Lesung veranstalten, um das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt zu rücken. Unglaublich ist das! Absolut unglaublich!

(Beifall von der AfD – Zurufe von der AfD: Genau! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Kommen Sie noch mal zum KiBiz? – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wenn Sie mit Ihrem Populismus zu Ende sind, kommen Sie dann auch noch mal zum Gesetz? – Regina Kopp-Herr [SPD]: Sie vermischen hier Dinge, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben!)

Deswegen werden wir auch diesen Änderungsantrag ablehnen, obwohl uns das Wohl des Kindes sehr am Herzen liegt. Aber ganz ehrlich: Das ist Kasperletheater. Sie machen das einfach nur, weil Sie das Gegenteil von dem tun wollen, was die FDP macht. Hätten FDP und CDU maximal 30 Stunden gefordert, weil sie die Familie stärken wollen, dann würden Sie mit einem Änderungsantrag fordern, dass wir 10 Stunden Betreuung bräuchten,

(Sarah Philipp [SPD]: Was Sie alles wissen!)

damit alle Frauen arbeiten gehen können, und dass alles möglichst flexibel sein muss. Das ist einfach unglaublich. Das ist schäbig. – Danke.

(Beifall von der AfD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Da wissen sie ja, worüber Sie reden!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Dworeck-Danielowski. – Jetzt hat Herr Minister Dr. Stamp das Wort. Bitte schön.

Dr. Joachim Stamp¹⁾, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat aus einer Meldung der Deutschen Presseagentur von heute Nacht beginnen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Nach einer Verzögerung durch die SPD soll das milliarden schwere Kita-Gesetz am Freitag mit der

Mehrheit der Regierungsfractionen unter Dach und Fach gebracht werden.“

Eine Verzögerung durch die SPD. – Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich erst einmal einen Moment lang überlegt habe: Meinten die die Vertagung von gestern auf heute, oder meinten sie die sieben Jahre Regierungszeit von Rot-Grün?

(Beifall und Heiterkeit von der CDU und der FDP – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Da hast du die ganze Nacht wach gelegen, was?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist ein guter Tag für die Kinder und Familien in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD] – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Denn – jetzt kommt wieder ein Zitat –:

„Nordrhein-Westfalen hat sich für ein starkes Maßnahmenpaket entschieden, ...“

(Zuruf von der SPD: Mit der Hilfe des Bundes!)

Und von wem ist das Zitat? – Es ist von Franziska Giffey, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Ja, die hat ja auch geholfen!)

Wir beschließen heute einen Meilenstein für die frühkindliche Bildung und für mehr Chancen für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft.

(Frank Müller [SPD]: Sie hat nicht gesagt, Sie haben sich für ein starkes KiBiz entschieden!)

Ich bin froh, und ich bin auch stolz, dass es uns gemeinsam mit dem Bund und gemeinsam mit den Kommunen gelungen ist, ab dem kommenden Kita-Jahr jährlich zusätzlich 1,3 Milliarden Euro für unsere Jüngsten zu investieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Davon fließt – das ist das Entscheidende – knapp eine Milliarde Euro in die Qualität. Und dazu geben wir den Kommunen eine Platzausbaugarantie: Jeder Platz, der gebraucht wird, kann auch gebaut werden – und das ohne Limit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der dritte Punkt ist: Wir entlasten die Familien mit Kindern durch ein zweites beitragsfreies Jahr. Wir haben immer gesagt, dass wir etwas bei den Beiträgen machen, wenn es uns umgekehrt gelingt, die Qualität signifikant zu verbessern.

Mehr Qualität heißt: mehr Mittel für pädagogisches Personal, mehr Zeit für die Kinder, mehr Leitungszeit für die Kita-Leitungen, mehr Sprachförderung für unsere Kinder, mehr Vor- und Nachbereitungszeit,

mehr Zeit für Gespräche mit Eltern, mehr Unterstützung für Familienzentren, mehr Unterstützung und Professionalisierung für Tagesmütter und Tagesväter, mehr Flexibilität und passgenaue Angebote für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr praxisbezogene Ausbildung für unsere Erzieherinnen und Erzieher. Wir schaffen mehr Qualität auf ganz breiter Ebene.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Genau das erwarten die Erzieherinnen und Erzieher auch von uns. Deswegen haben sie nämlich demonstriert. Frau Paul, Sie haben es, glaube ich, immer noch nicht verstanden: Sie haben gegen den Status quo demonstriert;

(Lachen von der SPD – Frank Müller [SPD]: Wir haben gestern noch mal nachgefragt: Die haben „Nein“ gesagt! – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

gegen die Situation, die Sie zu verantworten haben. Der Gesetzentwurf lag ihnen doch noch gar nicht vor.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Ach, Herr Minister!)

Wir haben doch die Dinge, die die Erzieherinnen und Erzieher angesprochen haben, im Gesetzentwurf auch berücksichtigt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist aber gut versteckt!)

Im Gegensatz zu Ihnen nehmen wir die Bürgerinnen und Bürger nämlich ernst. Sie haben sieben Jahre lang die Erzieherinnen und Erzieher nicht ernst genommen. Wir haben das gemacht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Regina Kopp-Herr [SPD]: Das ist frech, Herr Minister!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Zimkeit?

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Ja, natürlich.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Zimkeit.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Ich merke, die Vorfreude ist groß. – Ich möchte etwas zu Ihrer gerade getätigten Aussage zitieren:

Unfassbar: Da demonstrieren Tausende von Erzieherinnen gegen den Revisionsentwurf der CDU- und FDP-Landesregierung zum KiBiz.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Frage!)

80.000 Unterschriften werden gesammelt, und Minister Stamp behauptet,

(Henning Rehbaum [CDU]: Was lesen Sie denn da ab?)

das sei ein Protest gegen SPD und Grüne.

(Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Ja, so ist es! – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

– Das sagt eine der Organisatorinnen der Demonstration, die das durchgeführt hat.

(Christian Loose [AfD]: Frage!)

Sie stellt damit absolut klar, ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, stellen Sie Ihre Frage?

Stefan Zimkeit (SPD): ... dass das eine Demonstration gegen Ihren Entwurf war.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Frage!)

Warum behaupten Sie hier das Gegenteil, obwohl die Organisatorinnen der Demonstration klar sagen, dass es Unterschriften und Demonstrationen gegen Sie waren?

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Dr. Joachim Stamp^{*)}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Weil ich recht habe.

(Beifall und Heiterkeit von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Die Erzieherinnen und Erzieher ...

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Frank Müller [SPD]: Da muss man sagen: Da muss man schon ganz weit oben im Elfenbeinturm sitzen!)

– Herr Kollege Müller, es wird doch auch nicht besser, wenn Sie hier jetzt schreien. – Sie haben sieben Jahre lang nichts für die Erzieherinnen und Erzieher getan, aber wir tun es. Es bleibt dabei.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die haben das auch verdient. Natürlich kommen die Qualitätsmaßnahmen auch dem Arbeitsplatz der Erzieherinnen und Erzieher zugute. Deswegen werden wir auch weiter werben, sodass wir noch mehr Erzieherinnen und Erzieher für die wertvolle Arbeit, die in den Kitas geleistet wird, finden. Wir freuen uns, dass auch die Tagesmütter und Tagesväter von dieser Reform umfassend profitieren; immerhin wird jedes

dritte Kind unter drei Jahren in der Tagespflege betreut.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Meine Damen und Herren, wenn ich gesagt habe, dass ich stolz auf unsere Reform bin, dann meine ich das auch genau so.

Ich möchte mich heute ausdrücklich bedanken. Ich danke den Kommunen für lange, harte, aber stets faire Verhandlungen und für ihren Beitrag zu dieser Reform. Ich danke den Trägern und den Kirchen für zahlreiche Gespräche und wertvolle Hinweise.

Die Trägervielfalt ist und bleibt ein Qualitätsmerkmal frühkindlicher Bildung. Wir haben die Anregung der Träger gerne aufgenommen, unsere Reform von Anfang an eng zu evaluieren und zu monitoren, damit wir sicherstellen können, dass die Trägervielfalt – auch im Sinne derjenigen, die heute noch Befürchtungen haben – dauerhaft gewährleistet ist.

(Beifall von Matthias Kerkhoff [CDU])

Ich danke auch der Kollegin Giffey für den Beitrag des Bundes, sage aber an dieser Stelle auch, dass ich erwarte, dass die GroKo sich endlich bekennt und die Gute-KiTa-Mittel entfristet.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich danke den Eltern für ihre konstruktive Mitarbeit, den Gewerkschaften, die die Anliegen und Interessen der pädagogischen Kräfte eingebracht haben, dem KiBiz-Beirat für viele wertvolle und fachlich anspruchsvolle Debatten,

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

und ich danke auch den Fraktionen von CDU und FDP, namentlich Jens Kamieth und Marcel Hafke, für die enge Begleitung. Es war sicherlich manchmal anstrengend mit mir, manchmal auch anstrengend mit euch, aber es hat sich wirklich gelohnt. Dafür bin ich euch wirklich dankbar.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Och!)

Last but not least danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses, Staatssekretär Bothe und vielen aus der Fachabteilung. Sie waren großartig, insbesondere unsere Fachgruppenleiterin Dagmar Friedrich und ihr Team, unser neuer Abteilungsleiter Dr. Weckelmann und natürlich sein Vorgänger Manfred Walhorn,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

mit dem ich oft bis tief in die Abendstunden diskutiert und beraten habe.

Nach den Zwischenrufen kann ich es mir nicht verkneifen: Wenn die Sozialdemokratie mehr Genossen

von seinem Format hätte, dann stünden Sie jetzt woanders, als Sie im Moment stehen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE] – Stefan Zimkeit [SPD]: Ihre Menschenkenntnis ist unwürdig! – Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Das ist lächerlich, Herr Minister!)

Was wir heute verabschieden, basiert auf einer guten Mannschaftsleistung für unsere Kinder. Es ist ein Meilenstein für Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Josefine Paul [GRÜNE]: Ein bisschen Demut täte gut!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Was ist denn mit der Redezeit?)

Die Landesregierung hat die Redezeit ein wenig überzogen. – Das habe ich mir doch gedacht. Herr Dr. Maelzer, Sie haben das Wort, bitte schön.

(Zurufe von der FDP: Ah!)

Dr. Dennis Maelzer* (SPD): Herr Minister, vielen Dank, dass Sie Ihre Redezeit für Ihre Dankesarien überzogen haben. Das gibt mir zumindest die Gelegenheit zu ein paar Klarstellungen.

Gestern saßen auf der Zuschauertribüne viele Vertreterinnen und Vertreter des Bündnisses „Mehr Große für die Kleinen“. Sie haben schwarz getragen, in Trauer über Ihr Gesetz. Sie haben sich danach öffentlich geäußert und gesagt: Wir sind erschüttert und finden es enttäuschend, dass Minister Stamp

(Zuruf von Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

in seiner Rede ernsthaft behauptet hat, dass die Demonstrationen und die Unterschriften sich nicht gegen das Gesetz aus seinem Ministerium, sondern gegen die Vorgängerregierung gerichtet haben.

(Zuruf von Thomas Nüchel [FDP])

Das ist definitiv nicht der Fall. Das Bündnis ist genau gegen Ihre Politik auf die Straße gegangen.

(Beifall von der SPD)

Sie bleiben bei ihrer Forderung „Mehr Große für die Kleinen“. Dabei bleiben auch wir.

(Henning Rehbaum [CDU]: Bei Ihnen war alles super!)

Herr Minister, ich verspreche Ihnen: Auch wir als SPD-Opposition werden dranbleiben, bis wir eine

Sockelfinanzierung und ein Kita-Gesetz haben, das den Namen „Kinderbildung“ wirklich verdient hat.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Sorgen Sie in Berlin erst mal für Entfristung! – Zurufe von Dr. Günther Bergmann [CDU] und Daniel Sieveke [CDU] – Gegenruf von Stefan Kämmerling [SPD]: Schreien Sie nicht so rum!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Ralf Witzel [FDP]: Sieben Jahre nichts! – Frank Müller [SPD]: Sie kennen die Zahlen von eins bis sieben, das ist schon mal gut! – Weitere Zurufe – Glocke)

Ich muss ja sagen: Das ist ein Ausschuss, der mich auch noch interessieren würde – aber erst in der übernächsten Legislaturperiode.

Wir kommen somit zur Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/6726 – Neudruck – in dritter Lesung. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend empfiehlt in Drucksache 17/7934 – Neudruck –, den Gesetzentwurf Drucksache 17/6726 – Neudruck – in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Erstens stimmen wir ab über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8024. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD, Grüne und die drei fraktionslosen Abgeordneten Herr Langguth, Herr Neppe und Herr Pretzell. Gibt es Enthaltungen? – Die kann es gar nicht geben. Dann ist das so entschieden, wie wir es gerade festgestellt haben. Die Mehrheit des Hohen Hauses ist gegen den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/8024** und hat ihn deshalb **nicht angenommen**.

Zweitens stimmen wir ab über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend Drucksache 17/7934 – Neudruck. Wer stimmt dem zu? – CDU und FDP stimmen für den Gesetzentwurf. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne, AfD und die drei fraktionslosen Kollegen. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses und damit der **Gesetzentwurf Drucksache 17/6726 – Neudruck – in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in dritter Lesung angenommen und verabschiedet**.

(Lang anhaltender und lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Ich rufe auf:

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Nein! Die Entschließungsanträge!)

– Pardon! Habe ich etwas übersehen? Entschuldigung, es ist ein Fehler meinerseits. Ich bitte um Verständnis. Der Applaus war so lang, dass ich dachte, das wäre ein Schlussapplaus. Aber das stimmt gar nicht. Ich muss noch zwei Abstimmungen durchführen. Entschuldigen Sie. Es liegt daran, dass ich die zweite Seite nicht aufgeblättert hatte. Pardon!

Es stehen noch zwei Abstimmungen aus: zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/7968. Wer stimmt der Entschließung zu? – Die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, Grüne, AfD und die drei fraktionslosen Kollegen stimmen dagegen. Enthaltungen? – Gibt es nicht. Dann ist so entschieden, wie die Mehrheit das hier zum Ausdruck gebracht hat. Der **Entschließungsantrag Drucksache 17/7968** ist **abgelehnt**.

Außerdem stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/7969. Wer stimmt dem zu? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD und die drei fraktionslosen Kollegen stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion hat die Mehrheit des Hohen Hauses auch den **Entschließungsantrag Drucksache 17/7969** **abgelehnt**.

Ich entschuldige mich nochmals, dass ich das hier nicht gesehen habe. Danke schön, dass Sie darauf hingewiesen haben, Herr Dr. Kober.

Ich rufe auf:

5 Taten statt Worte – nachhaltige Verwertung von Lebensmitteln statt Entsorgung in der Tonne

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7910

Entschließungsantrag
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7989

Die Aussprache ist eröffnet. Für die CDU-Fraktion tritt ans Pult Herr Kollege Klenner.

Jochen Klenner (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen! Auch wenn hier im Landtag schon die ersten Weihnachtsbäume stehen, passt zum Antrag heute nicht nur die Weihnachtsbotschaft, sondern auch der zentrale Gedanke des Sankt-Martins-Festes in diesem Monat. Helfen ist einfach. Helfen muss einfach sein. Helfen ist eigentlich kinderleicht.

Meine Kinder – sie sind vier und sieben Jahre alt – haben die Sankt-Martins-Geschichte wochenlang im